

# LINKSINFO

**Nordwestbad: Bewegung erkennbar**  
Standorte werden geprüft

Seite 2

Ruhrallee tunnel/A 52  
**Widerstand gegen Stadtautobahnen wächst**

Seite 3

**Von 0 auf 180 im Düsseldorfer Landtag**  
Zur Arbeit der Linksfraktion

Seite 4

## Rat im Rausch

*Essen ist Kulturhauptstadt 2010 und man mag angesichts der geballten Ladung von Kunst und Kultur, die sich zurzeit in unserer Stadt breit macht annehmen, dass Kreativität ansteckend ist. Wie sonst wäre zu erklären, dass der Rat der Stadt Essen eine „Solariums-Steuer“ einführen will. Diesen Ausbund an Kreativität und Weit-sichtigkeit hätte man dem sonst eher biedereren Ratsvolk gar nicht zugetraut. Oder handelt es sich schlicht um ein Versehen, da die Ratsmehrheit die Solariumsteuer mit der Brennelementesteuer verwechselt hat.*

*Dem ist nicht so, denn auf der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hätten die Essener das flammende Plädoyer der grünen Fraktionsvorsitzenden Hiltrud Schmutzler-Jäger vernehmen können. Als Expertin für stoffungebundene Süchte warnte sie vor dem verheerenden Suchtpotential der Turbofluter, Karibikbänke und Tiefenbräuner und ließ so machen Ratskollegen vor ihrer geballten Kompetenz erblassen. Was liegt da näher, als die Dealer dieser heimtückischen und suchterzeugenden Maschinen zur Kasse zu bitten?*

*Recht so, Frau Schmutzler-Jäger, machen wir dem Sonnenmissbrauch endlich ein Ende. Die schätzungsweise 150.000,- Euro Mehreinnahmen durch diese Bräunungssteuer kann Essen dringend gebrauchen, denn die geplante Brennelementesteuer der Bundesregierung kostet die Stadt Essen mehr als 24 Mio. Euro alleine im nächsten Jahr.*

*Schließlich muss man ja irgendwo mal anfangen und jedes Kind weiß „Kleinvieh macht auch Mist“ und warum bei der Solariumssteuer aufhören. Der Kreativität sind im Kulturhauptstadtjahr 2010 keine Grenzen mehr gesetzt.*

Britta Pietsch

## Herbstaktionen der DGB-Gewerkschaften

# Deutschland in der Schieflage

Ein Bericht von Holger Vermeer<sup>1</sup>

**Mit vielfältigen Aktionen und vielen dezentralen Großveranstaltungen in ganz Deutschland, wollen die DGB-Gewerkschaften im Herbst auf die zunehmende soziale Schieflage hinweisen. Hierbei geht es den Gewerkschaften um die zentralen Punkte „Gute Arbeit“, „Starke öffentliche Leistungen, „Gutes Einkommen im Alter“, „Ein solidarisches Gesundheitssystem“ sowie „Qualifizierte Bildung und Ausbildung“.** So sollen die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht weiter auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen werden. Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge in das Bildungssystem verschlechtern die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland<sup>2</sup>. Die Schwerpunktthemen werden in den verschiedenen Einzelgewerkschaften durchaus unterschiedlich gewichtet. So fährt die IG Metall hauptsächlich die Kampagne Leiharbeit (Gleiche Arbeit – gleicher Lohn), ver.di kämpft gegen die Einschnitte im öffentlichen Dienst, die IG BCE für die Einhaltung des Kohlekompromisses, die IG BAU gegen die Rente erst ab 67, der DGB gegen die Zusatzbeiträge (heimliche Kopfpauschale) im Gesundheitssystem.

Alle gemeinsam verbindet das Motto:

**„Gerechtigkeit geht anders – wir brauchen einen Kurswechsel!“**

Die Gewerkschaften stellen im Aufruf zu den Aktionen fest, dass statt guter Bezahlung, prekäre Beschäftigung und Leiharbeit zunehmen. Mehr noch:

Leiharbeit und Niedriglöhne beschädigen die soziale Ordnung und höhlen die Tarifverträge aus. Ergebnis sind schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsplätze die das gesamte Tarifsysteem nach unten ziehen. So stellt der DGB-Aufruf klar:

**„Mindestlöhne sind ein wichtiges Mittel, um Lohndumping zu verhindern“**

Altersarmut darf nicht die Perspektive für Millionen Menschen werden. Schon heute ist die Rente mit 67 kaum zu erreichen. Nur 9,2 % der 63-Jährigen und 6,3 % der 64-Jährigen haben überhaupt eine Vollbeschäftigung. Die Folge: Schon heute gehen 46,6 % der AltersrentnerInnen mit Abschlägen in die Rente<sup>3</sup>.

Herbstaktion: Alternative Anhörung zur „Rente mit 67“ mit öffentlicher Aktion 27.10.2010 Aktion 9:00 – 10:00 Uhr, Kundgebung vor dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Altersarmut darf nicht die Perspektive für Millionen von Menschen werden.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Protest der Europäischen Gewerkschaften gegen die Kürzungen beim Sozialen am 29.9.2010 in Brüssel

## DIE LINKE. unterstützt die Herbstaktionen

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir fordern ein gutes Auskommen im Alter, flexible Übergänge in den Ruhestand, eine bessere Erwerbsminderungsrente und die Rücknahme der Rente und Pensionen ab 67. Für mehr Gerechtigkeit, für die Anerkennung der Lebensleistung und Schutz vor Altersarmut<sup>4</sup>.

Nach dem 16-jährigen Sozialabbau unter Helmut Kohl, der unsäglichen SPD-Grünen Agenda-Politik, der Großen Koalition von CDU und SPD und der Finanz- und Bankenkrise, ist nun die schwarz-gelben Bundesregierung dabei, ihr wahres Gesicht zu zeigen. Deren Politik zeichnet sich aus durch Geschenke für Hoteliers - dank der sog. „Mövenpickpartei-FDP“- und Milliardengewinne für die Energieriesen, durch die brandgefährliche AKW-Laufzeitverlängerung, sowie der Verhöhnung der Hartz4-Betroffenen und der erneuten Kostenverschiebung zu Lasten der Versicherten im Gesundheitswesen. Über Jahre wurde die Wirtschaft bedient, wurden ArbeitnehmerInnenrechte in Deutschland abgebaut, den BürgerInnen in die Taschen gegriffen und den Erwerbslosen oftmals die existenzielle Grundlage und ihrer Würde beraubt. Nun sollen diese wiederum die Lasten der Krise zahlen.

### Zeit sich zu wehren, aber wie sieht sinnvoller Widerstand aus?

Die Gewerkschaften wollen nach dem europäischen Aktionstag am 29.9.2010 in Brüssel betrieblichen Aktionen im Herbst, am 13. November dezentrale Kundgebungen und Demonstrationen folgen lassen. Die Frage, die vor allem in linken Gewerkschafterkreisen gestellt wird: Reicht das aus? Was passiert danach? Ist der Protest ausreichend?

### Der Ruf nach dem politischen Streik wird lauter!

#### Landesweite Kundgebung in NRW

13. November 2010, Westfalenhalle Dortmund  
Abfahrt der Busse in Essen (geplant 8.30 Uhr, Fernbusbahnhof (Südseite Hbf)5  
Bitte beim DGB anmelden (Tel. 0201-632470)  
\*Jugend-Aktion am 12.11.2010 (Nachtaktionen in Dortmund)

<sup>1</sup>Holger Vermeer, IG BAU Gewerkschaftssekretär, DIE LINKE; LAG Betrieb & Gewerkschaft NRW /Kreissprecher im KV Essen

<sup>2</sup>Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Herbstaktionen

<sup>3</sup>„Einblick“ gewerkschaftlicher Infoservice 16/10

<sup>4</sup>Homepage DGB-Bundesvorstand

<sup>5</sup>DGB-Kreis Essen

#### Weitere Informationen:

www.dgb.de  
www.dgb./nrw.de  
www.herbstaktionen.de  
www.ver.di.de  
www.igmetall.de  
www.igbau.de

## Nordwestbad

# Bewegung erkennbar – Standorte werden geprüft

**Kübelweise Häme hatten CDU und Grüne für den vor knapp einem Jahr mit der ungewöhnlichen Mehrheit der Ratsfraktionen von SPD, DIE LINKE und FDP gefassten Beschluss zur weiteren Öffnung des Freibades Hesse übrig gehabt. Der Regierungspräsident verlangte Kompensationsmaßnahmen im Sport- und Bäderhaushalt und stoppte bis auf Weiteres das auf Grundlage des „Masterplans Sport“ beschlossene Investitionsprogramm von 5 Mio. Euro pro Jahr.**

Nach einigen Geburtswehen wurden Maßnahmen gefunden, die breit getragen wurden und auch vom Essener Sportbund (ESPO) akzeptiert wurden. Die Investitionen wurden freigegeben. Inzwischen scheint sich auch etwas anderes positiv zu entwickeln: Auf Grundlage eines Prüfauftrages des Sportausschusses, der auf unterschiedlichen Anträgen des CDU-Grünen-Blocks und der Fraktion DIE LINKE beruhte, hat die Verwaltung inzwischen mehrere mögliche Standorte für ein Nordwest-Bad gefunden. An der Spitze stehen eine Fläche an der Wüstenhöferstrasse, die den Vorteil hätte, an der Schnittstelle zwischen Borbeck und Altendorf zu liegen, und eine an der Aktienstrasse.

Ein neues Nordwestbad könnte ein Ersatz für die im Westen geschlossenen Bäder an der Nöggerathstrasse und die Oase sein, ebenso für das marode Borbecker Hallenbad und das Freibad Hesse, wenn es nicht mehr zu halten ist. DIE LINKE hat schon vor längerer Zeit angeregt, auch die Kapazitäten des Hauptbades mit einzubeziehen, das ebenfalls bald erneuert werden muss. Ein Ersatz für die Bäder im



Essener Westen und Nordwesten könnte ein Nordwestbad allerdings nur sein, wenn es ein kombiniertes Hallen- und Freibad ist. Das ist umstritten, vor allem die CDU will bisher nur ein Hallenbad.

Erfreulich ist, dass die Regierungspräsidentin bereits signalisiert hat, dass ein Nordwestbad trotz der katastrophalen Haushaltslage durchaus Akzeptanz finden kann, wenn dadurch auf Dauer Betriebskosten eingespart werden. Und klar ist auch, dass Hesse bis auf Weiteres offen bleibt, auch im nächsten Jahr. Es wäre in Essen ja mal etwas Neues, wenn Bäder nicht ersatzlos geschlossen würden, sondern erst wenn ein guter Ersatz da ist. Der Beschluss, Hesse offen zu halten, hätte dazu entschieden beigetragen.

Wolfgang Freye

## Grundschulplanung in Essen

**Wenn man den Beteuerungen der Politik in Essen glauben schenken mag, dann sind sich alle einig. Der Grundschulentwicklungsplan ist bedeutend, so bedeutend, dass er auch noch weiterhin diskutiert wird. Auch scheint Einigkeit darüber zu bestehen, dass Grundschulen mit kleinen Klassen, ausgereiften pädagogischen Konzepten und kindernah auszurichten seien.**

Doch schaut man genauer hin, gibt es unterschiedliche Sichtweisen, wie eine tolle Grundschule konkret auszusehen hat.

In Essen werden in Zukunft immer weniger Kinder leben, spielen und aufwachsen. Dementsprechend ist es auch aus Sicht der LINKEN durchaus sinnvoll, einzügige Grundschulen zu schließen, da sie zahlreiche Nachteile mit sich bringen. So haben einzügige Schulen in aller Regel größere Klassen (30 SchülerInnen) und aufgrund des kleineren Lehrerinnenkollegiums, nicht die Möglichkeit, pädagogisch so zu arbeiten, wie es an einer mehrzügigen Schule umsetzbar wäre. Zwergschulen mögen im länd-

lichen Raum sinnvoll sein, doch in einer Großstadt wie Essen sind sie aus Sicht der LINKEN entbehrlich.

Für DIE LINKE stellt sich insbesondere die Frage, warum konfessionelle Schulen in Essen „Bestandsschutz“ haben sollen, obwohl sie nicht für alle Kinder zugänglich sind. Wir sehen vielmehr in der Bildung von Gemeinschaftsgrundschulen den richtigen Ansatz, um so der Selektion von armem Elternhaus, reichem Elternhaus, Kindern von Einwanderfamilien oder Ur-Essener Familien, katholischen und nicht katholischen Familien entgegen zu treten.

Auch aus diesem Grund hat die LINKE gemeinsam mit der SPD die Verwaltung gebeten, zu prüfen, inwieweit die Ruhraerschule und die Lauretiussschule zur Gemeinschaftsgrundschule Steele entwickelt werden kann. Dieser Prüfauftrag wurde abgelehnt, doch wir bleiben dran.

Denn auch für Kinder die nicht katholisch sind gilt „Kurze Beine-Kurze Wege“

Nina Herff/Britta Pietsch

## Ruhralleetunnel/A 52

**Widerstand gegen Stadtautobahnen wächst**

Eine weitere Transitautobahn quer durch Essen soll es nicht geben. Das war der Tenor des Aktionstages, zu dem die Initiativen entlang der geplanten Trassen von A 44 im Essener Süden bis A 52 in Gladbeck am 2.10. 2010 erstmals gemeinsam aufgerufen hatten. Allein in Bergerhausen beteiligten sich nach Angaben der Initiative „Wege für Essen“, die sich gegen den Bau des Ruhralleetunnels richtet, rund 200 Leute. Mit Plakaten und Luftballons markierten sie die geplante Trasse, was bei einigen Anwohnern zu nachdenklichen Aha-Erlebnissen führte.

Für den Ruhralleetunnel läuft zur Zeit das Trassenfestlegungsverfahren. Voraussichtlich im November wird der Rat eine Stellungnahme abgeben.

„Ob London, Paris, Berlin: Keine Metropole plant heutzutage, den Fernverkehr mittendurch zu führen.“ So heißt es auf einem gemeinsamen Flugblatt der Initiativen. Im Ruhrgebiet wird genau das geplant. Die A 44, die zur Zeit im Essener Süden endet, soll durch den Ruhralleetunnel auf die A 52 geführt werden und dann als A 52 neu durch die dichtbesiedelten Stadtteile im Essener Osten und weiter durch Bottrop und Gladbeck als weitere Nord-Süd-Autobahnverbindung.

Dass es sich bei dem insgesamt über 2 Mrd. Euro teuren Projekt um eine Transitautobahn handelt, ist spätestens seit der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2004 klar. Damals wurde die bisherige B 227 von der Bundesstrasse zur Autobahn in den vordringlichen Bedarf hochgestuft.

Transitautobahnen bringen nach allen Ver-

kehrsprognosen zusätzlichen Verkehr und damit zusätzliche Lärm- und Feinstaubbelastungen. Sie werden die Lebensqualität im weiteren Umfeld der Trasse erheblich beeinträchtigen, auch als Tunnel oder in Troglagen. Hinzu kommt, dass sich die betroffenen Stadtteile viele Jahre in Großbaustellen verwandeln werden.

**Salamitaktik**

Dabei argumentieren die Autobahn-Befürworter mit Fakten, die sie selbst geschaffen haben. Der Verkehr, der in Zukunft über die A 44 an den Stadtrand von Essen gelangt, müsse schließlich abfließen können, so heißt es – mit Autobahn durch den Ruhralleetunnel, ohne durch die Stadtteile.

Diese Argumentation erhielt in der letzten Sitzung des Planungsausschusses des Rates einen erheblichen Dämpfer. Ein von der Stadt beauftragtes Verkehrsgutachten kommt nämlich zu dem Ergebnis, dass die Zuflüsse an Verkehr durch Entlastungen aufgehoben werden. Autofahrer, die aus den südlichen Stadtteilen bisher quer durch die Stadt zur A 52 oder gar A 40 gefahren sind, um eine Autobahn zu erreichen, werden nach der Prognose in Zukunft direkt nach Süden zur A 44 fahren.

Es gibt also gute Gründe, die gesamte Planung zu überdenken. Ein integriertes Verkehrskonzept, das vor allem den öffentlichen Nahverkehr ausbaut, könnte vielleicht mit geringeren Mitteln bessere Lösungen erreichen. DIE LINKE hat sowohl den Ausbau der A 52 neu als auch den Ruhralleetunnel immer abgelehnt.

Wolfgang Frey

**Gelbe Rosen auf rotem (linken) Untergrund**

*Bericht von der ersten MV nach stattgefundenen Neuwahlen im Juni 2010*

**Am 08. September 2010 fand die erste Mitgliederversammlung mit dem neugewählten Kreisvorstand DIE Linke. Essen statt. Es sollte alles anders werden: Und es wurde anders!**

Der äußere Eindruck überraschte die ersten Gäste. Ein aufgeräumter Saal in der Sternquelle mit sorgfältig eingedeckten roten Tischen und gelben Rosen; an jedem Platz die gedruckte Einladung zur Mitgliederversammlung incl. Tagesordnungspunkte; aktuelle Flyer zu unterschiedlichen Aktionen und sogar Beamer mit Leinwand waren aufgebaut.

Auch stand die erste MV unter einem speziellen Thema: Lärmaktionsplan der Stadt Essen. Zu diesem spezifischen Thema hatte der Kreisvorstand drei exzellente Referenten eingeladen. Zuerst referierte Herr Kuhlmann vom Umweltamt der Stadt Essen und stellte die Entstehung der Lärmkartierung vom Beschluss bis zur heutigen Diskussion und Umsetzung vor. Als zweites gab es eine andere Richtungsdarstellung

durch den Runden Umweltschisch – Herrn Dipl. Ing. Ziemek. Und das Abschlusswort aus LINKER Sicht präsentierte Jürgen Zierus, Mitglied im Umweltausschuss.

Eines wurde allerdings nicht anders: Der Zeitplan wurde aufgrund der intensiven, anregenden und ausführlichen Diskussion mit allen drei Referenten und den Mitgliedern nicht eingehalten. Hier geloben wir für die Zukunft Besserung!!

Großes Interesse bei allen Mitgliedern fand der Vortrag von Karsten Kinateter, Mitglied Kreisvorstand, zum Thema „Content Management System“ – Anwendungen und neues Layout für die Homepage des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen. Und last but not least – die Anregungen der Mitglieder zu weiteren Themenbereichen, Aktionen, Stadtteile etc. wurden durch Barbara Rianas und Birgit Petereit, GF Kreisvorstand, interessiert aufgenommen, mit der Maßgabe, diese in Zukunft entsprechend umzusetzen. Fazit: Ein gelungener Start des Kreisvorstands! Birgit Petereit (Kreisprecherin)

**Termine****Dienstag, 19. Oktober**

DIE LINKE. Essen Kreisvorstandssitzung  
18.00 Uhr, Severinstraße 1, 45127 Essen

**Mittwoch, 20. Oktober**

Monatstreffen des Essener Friedensforums  
19.00 Uhr, JZE, Raum 20 (EG), Papestr. 1.

**Donnerstag, 21. Oktober**

Linksjugend [ `solid] Essen lädt ein: „Gegen Rassismus und Kapitalismus“  
19.00 Uhr, Severinstraße 1, 45127 Essen

**Samstag, 23. Oktober**

Castor-Strecken-Aktionstag. Infos unter  
www.castor-strecken-aktionstag.de

**Dienstag, 2. November**

DIE LINKE. Essen Kreisvorstandssitzung  
18.00 Uhr, Severinstraße 1, 45127 Essen

**Mittwoch, 3. November**

DIE LINKE. Essen Stadtteilgruppe im Bezirk 1  
19.00 Uhr, Severinstraße 1, 45127 Essen

**Samstag, 6. November**

Anti-Atom-Proteste: „Tag X wir stellen uns quer“ – ab 13.00 Uhr Großdemo in Gorleben soll leben

**Sonntag, 7. November**

Programmkonvent zum Bundesprogramm  
Ganztägig, Hannover, Beethovensaal

**Dienstag, 9. November**

Hauptversammlung der Seniorenarbeitsgemeinschaft zum Thema „Die Wirksamkeit der Seniorenpolitik entscheidet sich in den Kommunen“, Berlin

**Mittwoch, 10. November**

DIE LINKE. Essen lädt ein: Diskussionsveranstaltung mit Rüdiger Sagel (MdL NRW) zum Thema: „Wohnen steuert die Politik der Hannelore Kraft?“  
Sternquelle, Schäferstraße 17, 45128 Essen

**Donnerstag, 11. November**

Linksjugend [ `solid] Essen trifft sich  
19.00 Uhr, Severinstraße 1, 45127 Essen

**Samstag, 13. November**

Regionale Großdemos der DGB-Gewerkschaften Ganztägig, Dortmund

**Dienstag, 16. November**

DIE LINKE. Essen Kreisvorstandssitzung  
18.00 Uhr, Severinstraße 1, 45127 Essen

**Mittwoch, 17. November**

Rosa-Luxemburg-Club Essen lädt ein zur Diskussions-Veranstaltung „**Wirtschaftsdemokratie statt hemmungsloser Renditejagd – Der Weg aus der Krise!?**“  
19.00 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen

**Mittwoch, 1. Dezember**

DIE LINKE. Essen Stadtteilgruppe im Bezirk 1  
9.00 Uhr, Severinstraße 1, 45127 Essen

**Donnerstag, 16. Dezember**

Weihnachtsfeier  
Ab 16.00 Uhr, Severinstraße 1, 45127 Essen

# Von 0 auf 180 im Düsseldorfer Landtag

Von Carolin Butterwegge

**Dass ein Abgeordnetenmandat kein Zuckerschlecken sein würde, hatte ich schon vor der Landtagswahl am 9. Mai vermutet. Aber dass frau nicht mal mehr dazu kommt, seine E-mail-Adressen regelmäßig abzurufen, die Nächte nutzen muss, um jede Menge liegengebliebene Aufgaben abzuarbeiten und von morgens früh bis abends spät mit Sitzungen, Terminen und dann noch Kinderbetreuungsmanagement beschäftigt ist, hatte ich in der Tat unterschätzt. Aber: „Jammern auf hohem Niveau gilt nicht!“**

In den ersten Monaten ging es im Landtag direkt zur Sache: Büros mussten ausgesucht und eingerichtet, Themen- und Zuständigkeiten verteilt, die ersten MitstreiterInnen angestellt und jede Menge Organisatorisches erledigt werden. Außerdem galt es, innerhalb der Abgeordneten und mit einer ständig wachsenden Zahl MitarbeiterInnen eine solidarische Arbeitsatmosphäre zu schaffen. In den 18 (plus weiteren Unter-)Ausschüssen sind wir jeweils mit zwei Abgeordneten vertreten, sodass jede/r sich in

mehrere Politikfelder einarbeiten muss. Ein erstes Highlight war die Veranstaltung „Die Fraktion stellt sich vor“ Anfang Juli mit rund 130 Gästen aus außerparlamentarischen Initiativen und Organisationen, die klar ihre Erwartung an uns formulierten, keine Fundamentalopposition zu betreiben.

Inzwischen sind wir als LINKE Fraktion im Landtag angekommen. Ein Glücksfall ist die historisch einzigartige Situation der Minderheitsregierung, wodurch unsere Meinung gefragt ist.

## DIE LINKE. fordert Moratorium für Atomtransporte

**Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist energiepolitisch und sozial eine Katastrophe. Einmal mehr zeigt die schwarz-gelbe Koalition, dass sie zu Handelsvertretern der großen Konzerne herabgesunken ist, dass sie einzig und allein Kapitalinteressen vertritt und mitnichten das Wohl der Allgemeinheit.**

Anstatt die dringend notwendige Weichenstellung zur Förderung von Erneuerbaren Energien vorzunehmen, wird ein völlig unkalkulierbares, Umwelt und Gesundheit gefährdendes Risiko eingegangen und damit die Zukunftsfähigkeit der deutschen Energiepolitik und die Innovationsfreude vieler kleiner und mittlerer Unternehmen leichtfertig verspielt.

Für Nordrhein-Westfalen bedeutet die Laufzeitverlängerung eine kontinuierliche Gefährdung durch Atommülltransporte zum Zwischenlager in Ahaus sowie den regelmäßigen Transport von flüchtigem radioaktiven Uranhexafluorid per Bahn und LKW von und nach Gronau quer durch das gesamte Bundesland.

Jeden Tag, den ein Atomkraftwerk weiterläuft, wird mehr Atommüll produziert. Atommüll,

von dem niemand weiß, wohin damit. Es gibt weltweit kein sicheres Endlager, kein noch so tiefes Bergwerk kann Sicherheit gewährleisten. Weder Salz noch Ton oder Granit halten für Millionen Jahre dicht. Statt daraus Konsequenzen zu ziehen, wird die tödlich strahlende Fracht sinnlos hin- und hertransportiert. Die Gefahr von Unfällen, bei denen ganze Regionen radioaktiv verseucht werden können, wird dabei skrupellos in Kauf genommen.

Um Menschen und Umwelt nicht weiter diesem unverantwortlichen Risiko auszusetzen, fordert DIE LINKE. ein sofortiges Moratorium für Atomtransporte in NRW. Damit stellt sich DIE LINKE. hinter eine zentrale Forderung der Anti-Atom-Initiativen in Nordrhein-Westfalen.

DIE LINKE.NRW ruft zur Beteiligung am „Castor-Strecken-Aktionstag“ am 23. Oktober auf. Durch bunte und vielfältige Aktionen an möglichst vielen Orten entlang der Castorstrecken sollen die Transportrouten und die Proteste dagegen sichtbar werden. Infos unter [www.castor-strecken-aktionstag.de](http://www.castor-strecken-aktionstag.de)

Claudia Jetter, umwelt- und energiepolitische Sprecherin des Landesvorstandes DIE LINKE. NRW

## Hartz4: Schulzuschuss bekommen?

**Wenn mindestens ein Elternteil aus der Familie auf Arbeitslosengeld II Leistungen angewiesen ist, so gibt es 100 Euro pro schulpflichtiges Kind für Schulmaterialien. Diese zusätzlichen Zahlungen sollen bis zum zehnten Schuljahr immer zu Beginn des neuen Schuljahres ausgezahlt werden.**

Leider scheint sich diese Regelung noch nicht überall herumgesprochen zu haben. Auch aus Essen sind uns etliche Fälle bekannt, in denen Eltern bzw. alleinerziehende Elternteilen von Schulkindern diese Leistungen vorenthalten worden sind.

Deshalb: Wenn Sie betroffen sind, stellen Sie zügig Ihren Antrag auf den Zuschuss zum Schulbedarf – am besten schriftlich. Lassen Sie sich immer Ihre Anträge, die Sie beim Job-Center einreichen, quittieren.

Und im Falle eines Falles: Jeden Donnerstag, von 16.00 bis 18.00 Uhr, findet in unserem Parteibüro eine Beratung für Hartz4-Berechtigte statt (Büro DIE LINKE., Severinstraße 1, Nähe Rathaus).

Weitere Hartz4-Beratungstermine in Essen finden Sie hier: [www.bg45.de](http://www.bg45.de)

Herbert Seiffert, Hartz4-Initiative „Pro Polis“

Man nimmt uns zwar ernst, ist mein Eindruck, aber noch nicht immer auf gleicher Augenhöhe, es gibt also durchaus Verbesserungspotenzial. Kritische Opposition, aber konstruktiv, ist meine Devise. Und wir können einiges bewegen!

## Schwarz-gelber Durchmarsch

Die fünf Jahre des schwarz-gelben Durchmarsches hat unser Land in vielen Bereichen so massiv in die falsche Richtung umstrukturiert, dass es eine Vielzahl von Baustellen für unsere elfköpfige Fraktion, zu kölsch den „Elferrat“, gibt. Die Kindertagesbetreuung ist mit der Mogel- und Sparpackung „KiBiz“ vor die Wand gefahren worden, in der Schulfrage herrscht Stagnation und die Studierenden kämpfen mit den neuen (Wettbewerbs-)Freiheiten des „Hochschulfreiheitsgesetzes“, des Bologna-Prozesses samt Bachelorisierung sowie den Studiengebühren.

In den bisher zwei Plenarwochen hat die Fraktion thematisch breite Anträge eingebracht. In der (Grund-)Schulpolitik bestand die erste Initiative in der Einbringung von Gesetzentwürfen zur Abschaffung der Kopfnoten, der verbindlichen Schulübergangsempfehlungen und der Schuleinzugsbezirke. Das größte Streitthema sind die Studiengebühren, für deren möglichst sofortige Abschaffung (spätestens aber zum Sommersemester nächsten Jahres) wir uns stark machen. Ein riesiger Erfolg war unsere Initiative zur Residenzpflicht von Asylsuchenden und Flüchtlingen mit prekärem Aufenthaltsstatus, die landesweit, also soweit ohne Änderung der Bundesgesetzgebung möglich, aufgehoben werden soll, damit Betroffene sich endlich über Landkreisgrenzen hinweg frei bewegen können.

## Kinder- und Sozialpolitik

In der Kinder- und Sozialpolitik, für die ich zuständig bin, haben wir Soforthilfen für Kitas und die Wiederaufnahme der Förderung von Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen gefordert, von denen Erstere von der Minderheitsregierung abgelehnt, Letztere aber positiv aufgegriffen wurde. Außerdem ist nun eine Anhörung zur Hartz-IV-Kinderregelsatzberechnung bzw. Sachleistungsdebatte auf den Weg gebracht. Und in den nächsten Monaten steht der Ausbau der inhaltlichen Arbeit unserer Fraktion an, wozu wir uns über Eure Anregungen, Erwartungen und Unterstützung aus der Partei vor Ort sehr freuen würden!

*Carolin Butterwegge ist Diplom-Sozialarbeiterin mit Schwerpunkt der interkulturellen Arbeit Sie vertritt DIE LINKE. in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit, Soziales; Familie, Kinder und Jugend; Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und ist Schriftführerin des Landtags*

*Kontakt: (0211)884-4617;*

*E-Mail [carolin.butterwegge@landtag.nrw.de](mailto:carolin.butterwegge@landtag.nrw.de)*

# Merkels falsches Milliardenenspiel mit der Steinkohle

**Wie eine Bombe schlug in NRW Ende Juli die Absicht der EU- Kommission ein, die Subventionen für den Steinkohlebergbau bereits 2014 zu beenden: Bis zu 25.000 betriebsbedingte Kündigungen und der Zusammenbruch der ohnehin wackligen Finanzierung der Ewigkeitskosten über die RAG- Stiftung wären die Folge. Der im Steinkohlefinanzierungsgesetz von 2007 festgeschriebene Kompromiss wäre nur noch Makulatur. Er sieht ein Auslaufen der Subventionen 2018, eine Überprüfung dieses Termins im Jahr 2012 und eine Finanzierung der Ewigkeitskosten aus den Zinserträgen der von der RAG- Stiftung verwalteten Verkaufserlöse für den EVONIK- Konzern vor.**

Zahlen müssten die Zeche für das vorzeitige Aus der Zechen zunächst die Kumpel mit ihren Arbeitsplätzen. Dann wären die öffentlichen Kassen dran, denn der Bund müsste zu zwei Dritteln, das Land zu einem Drittel Jahr für Jahr einspringen, wenn die Finanzierung der Ewigkeitskosten von mindestens 300 Millionen jährlich über die RAG- Stiftung scheitert.

Die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen der LINKEN, SPD, Grünen und CDU machten sich sofort in einer gemeinsamen Erklärung mit Ministerpräsidentin Kraft für die Einhaltung des Kompromisses stark, und auch im Landtag verweigerte sich nur die FDP einer gemeinsamen Resolution.

Auf Anfrage unserer Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer musste die Bundesregierung zugeben, dass sie „im Vorfeld nicht offiziell über die tatsächlichen Brüsseler Kohlepläne informiert“ worden war. Das berichtete auch die WAZ am 21. August und zitierte Ullas Einschätzung, entweder habe sich die Bundesregierung von der EU-Kommission hinters Licht führen lassen oder den Kohlekompromiss bewusst aufs Spiel gesetzt.“

## Widerliche Schmierkomödie der Bundesregierung

Inzwischen hat auch der Bundesrat die Regierung aufgefordert, sich für den Erhalt des Kohlekompromisses einzusetzen, und Kanzlerin Merkel ließ ihren Pressesprecher erklären, sie werde sich „mit aller Kraft“ für den Steinkohlekompromiss einsetzen. Doch das Handeln der Bundesregierung hinter den Kulissen in Brüssel spricht eine andere Sprache: Während andere betroffene Länder wie Rumänien und Spanien eindeutigen Widerspruch gegen die Kahl-schlagpolitik der EU anmeldeten, beließ es die Bundesregierung, vertreten durch Brüderles Wirtschaftsministerium, bei einem halbherzigen Prüfvorbehalt.

In ihrer Solidaritätsadresse an die Kumpel, die am 29. September in Brüssel gemeinsam mit den Europäischen Gewerkschaften gegen die unsoziale EU- Politik demonstrierten, stellt Ulla Lötzer der Bundesregierung ein verheerendes Zeugnis aus:

„Die Bundesregierung hat es seit 2007 nicht geschafft, den Kohlekompromiss mit der EU abzustimmen. Das allein ist schon ein Armutszeugnis für Kanzlerin Merkel und ihre zuständigen Wirtschaftsminister Glos, zu Guttenberg und Brüderle. (...) Was die Bundesregierung hier aufführt, ist wie schon bei Opel, eine widerliche Schmierkomödie: Auf der innenpolitischen Bühne gibt Merkel die Kämpferin, hinter den Brüsseler Kulissen aber lässt sie Wirtschaftsminister Brüderle mit seiner marktliberalen Kahlschlagpolitik gewähren.“

## Trittins CO2- Nebelbombe hilft Brüderle

Während die Grünen in NRW auch im Landtag die Forderung nach Einhaltung des Kohlekompromisses unterstützten, hat sich ihr Bundestagsfraktionsvorsitzender Jürgen Trittin mit einer ökologischen Nebelbombe auf Brüderles Seite gestellt. Seine Zustimmung zur Kahlschlagpolitik der EU-Kommission begründete er mit der mittelfristig ökologisch sinnvollen Forderung nach einem Ausstieg aus der Steinkohleverstromung. und liegt damit voll daneben. Denn keines der längst überwiegend mit billiger Importkohle betriebenen Steinkohlekraftwerke ginge auch nur einen Tag früher vom Netz, wenn sich die EU mit ihrer Kahlschlagpolitik durchsetzt. „Mit Massenentlassungen im Steinkohlebergbau lässt sich der CO2- Ausstoß nicht um ein Gramm vermindern. Leichtfertig und ohne Not reißt Trittin Gräben zwischen Beschäftigteninteressen und notwendiger ökologischer Erneuerung auf“, kritisierte Ulla Lötzer .

## Fortsetzung im Bundestag: CDU und Grüne stimmen eigenem Landtagsantrag nicht zu.

Die LINKE hat im Bundestag den bereits im NRW- Landtag auch mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU beschlossenen Antrag für den vollständigen Erhalt des Kohlekompromisses von 2007 zur Abstimmung gestellt. Anders als in NRW stimmte am 7. 10. dort neben der FDP auch die CDU gegen ihren eigenen Antrag, die Grünen enthielten sich. „Zehntausende Bergleute in NRW und im Saarland hatten sich auf das Gesetz verlassen. Es geht deshalb nicht nur um Kohlepolitik, es geht um Vertragstreue und Verlässlichkeit der Demokratie,“ bekräftigte Ulla Lötzer für die LINKE in ihrer Rede. CDU und Grüne hingegen schwenkten inhaltlich auf Linie von Brüderle und EU ein. Beiden geht es nur noch um die Rechenaufgabe, ob sich mit einem Ausstieg 2014 nicht doch noch Einsparungen auf Kosten von Massenentlassungen durchsetzen lassen. Die LINKE wird bis zur Entscheidung im Dezember in Brüssel die Beschäftigten weiter unterstützen und das zynische Doppelspiel der Regierung aufdecken.

## Aus der Arbeit im Bundestag:

### „Brennelementesteuer“: Merkel lässt auch Essen bluten

Die Brennelementesteuer, die dem Bund ca. zwei Mrd. Euro von den Atomkraftwerksbetreibern beschert, wird nicht nur von den Konzernen gezahlt. Denn die Konzerne können die Minderung ihres Gewinns durch diese Steuer von Körperschafts- und Gewerbesteuer abziehen. Das schmälert die Gewerbesteuereinnahmen in den Kommunen, wo die Atomkonzerne ihren Sitz haben. Für die Stadt Essen mit den Zentralen von RWE und e.on bedeutet dies einen Einnahmeverlust von voraussichtlich 24,5 Mio. allein im nächsten Jahr.

Ohne Ausgleich des Bundes stehen also in Essen neue Sozialkürzungen an, um den atomaren Wahnsinn von Merkel und Brüderle zu finanzieren.

### AUTO.MOBIL.KRISE

unter diesem Titel findet in Stuttgart ein dreitägiger Kongress von Linksfraktion im Bundestag und Rosa-Luxemburg-Stiftung um die Zukunft der Autoindustrie statt. Anknüpfend auch an die Auseinandersetzung um die Zukunft von Opel sollen in Workshops, mit Filmen, Referaten und Diskussionsrunden rund um die Themen „Beschäftigungssicherung und Gute Arbeit, Ökologie und E-Autos, eine neue postfossile und sozial gerechte Mobilität“ alternative Konzepte zur automobilen Industrie von heute auf breiter Basis diskutiert werden. und Lösungsansätze jenseits von Öko-Kosmetik erarbeitet werden. Neben den MdBs Ulla Lötzer und Sabine Leidig sind gut 70 internationale und nationale Referenten aus Gewerkschaft, Partei und Initiativen eingeladen.

Infos und Anmeldung unter [www.auto-mobil-krise.de](http://www.auto-mobil-krise.de)

# AUTO. MOBIL. KRISE.

Donnerstag, **28. Oktober** bis  
Samstag, **30. Oktober 2010**  
in Stuttgart

Internationale Konferenz zur Zukunft der Autoindustrie und einer anderen Mobilität u. a. mit den MdB  
**Sabine Leidig** und **Ulla Lötzer**  
und vielen nationalen und internationalen Gästen

**BV 1:****Toilettennutzung 70 Cent – Ein Schnäppchen?**

Im August 2010 – also erst zwei Monate später – erhielt die BV 1 Antwort der Deutschen Bahn AG auf eine Anfrage, die sie auf Initiative der LINKEN an diese gerichtet hatte. Angefragt wurde, ob die Nutzungsgebühr für die Toiletten im Untergeschoss des Hbf von – sage und schreibe – derzeit 70 Cent auf maximal 40 Cent gesenkt werden könne. Dies sei ihr, so die Bahn AG, schon deshalb unmöglich, weil sie die Toiletten verpachtet habe. Der Pächter müsse sie aber durch Personaleinsatz rund um die Uhr gegen Vandalismus schützen; dies habe eben seinen Preis. Außerdem sei Essen doch noch sehr gut bedient: Im Hbf Köln zum Beispiel koste die Toilettennutzung 1,10 Euro! Bezirksvertreter Frank Tiedemann: „Im Hbf gibt es nur diese eine Toilette. Zum Beispiel Geringverdienende, die in Essen umsteigen und diesen Wucherpreis umgehen wollen, müssen erst einmal außerhalb des Hbf eine billigere Toilette suchen. Die Bahn AG erzielt sogar Gewinne durch Investitionen in Eisenbahnnetze außerhalb europäischer Staaten. Im Herkunftsland ist aber angeblich nicht einmal möglich, Sanitäreinrichtungen zu angemessenen Preisen für alle Fahrgäste anzubieten. Dies ist der eintausendste Beweis dafür, dass Kundenfreundlichkeit der letzte Maßstab ist, an dem die Deutsche Bahn AG ihre Investitionen orientiert!“  
Frank Tiedemann, Bezirksvertreter BV 1

**BV 2:****Keine Sonntagsöffnung am Tag der Deutschen Einheit**

In der Sitzung der BV 2 am 30.09.2010 konnten die Bezirksvertreter lediglich noch zur Kenntnis nehmen, dass am 3. Oktober eine Sonntagsöffnung der Geschäfte auf der Einkaufsmeile in Rüttenscheid stattfindet. Auch wenn ich persönlich dem 3. Oktober als Tag der Einheit und Feiertag durchaus kritisch gegenüberstehe, halte ich die Verknüpfung mit der Konsumankurbelung durch einen verkaufsoffenen Sonntag für geschmack- und gedankenlos. Diese Kritik hat die rot-grün-rote Mehrheit in der BV 2 geteilt und einen entsprechenden Beschluss gefasst. Daran zeitnah anschließen muss sich eine grundsätzliche Diskussion über die Praxis der Vergabe von Sonntagsöffnungszeiten- die nächsten Beschlussfassungen werden noch dieses Jahr erfolgen.

Cornelia Swillus-Knöchel

**Bezirk 3****Erweiterungsmöglichkeiten schaffen**

Die Hartnäckigkeit der Bürger-Bewegung Haarzopf (BBH), der Elternvertretungen der beiden Grundschulen in Haarzopf und der Schulleitungen hat sich ausgezahlt: Nachdem der Rat auf Initiative der Ratsfraktion DIE LINKE den lange umstrittenen Bau der neuen Gemeinschaftsgrundschule für Haarzopf auf dem Gelände der Raadter Schule beschlossen hat,

haben Bauausschuss und Bezirksvertretung III inzwischen die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs beschlossen. Gebaut werden soll ein vorbildliches „Haus des Lernens“ als Passivhaus, d.h. weitgehender Selbstversorgung mit Energie. Anfang 2011 sollen die Ergebnisse vorliegen, so dass dann bald der Startschuss für den Bau gegeben werden kann. So erfreulich dies ist, gab es bei einer Versammlung der Elternvertretungen doch auch Kritik. Viele Eltern befürchten, dass die geplante Übergangslösung für die rund zweijährige Bauzeit die Kinder zu sehr einschränkt. Die rund 170 Schüler/innen der Raadter Schule sollen auf dem Grundstück der Hatzper Schule in Containern untergebracht werden, zusätzlich zu den dort derzeit unterrichteten 135 Kindern. Statt derzeit rund 30 m<sup>2</sup> Freifläche pro Kind (ohne Räume) stünden nur rund 9 bis 11 m<sup>2</sup> zur Verfügung. Außerdem wollen viele Eltern, dass an der Raadter Schule Erweiterungsflächen für den Schulneubau zur Verfügung stehen sollen. Auch der Rat hatte im Januar beschlossen, einen noch nicht vermarkteten Teil des angrenzenden Rottmannshofes nicht mehr als reines Wohngelände auszuweisen um so eine Schulerweiterung zu ermöglichen. Die Verwaltung will trotzdem so schnell wie möglich verkaufen – die Grundstücke versprechen hohe Einnahmen für den Eigenheimbau. Eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Planungsausschuss und im Rat hat auf die Beschlusslage verwiesen. Alternativ wurde im Schulausschuss und in der Bezirksvertretung III vorgeschlagen, ein anderes Grundstück im angrenzenden Landschaftsschutzgebiet als zusätzlichen Freiraum für die Schülerinnen und Schüler einzuplanen. Diese gute Lösung wurde in der letzten Sitzung des Planungsausschusses auch von Dezernent Hans-Jürgen Best als problemlos möglich angesehen.

Wolfgang Freye

**Aus der BV 3****Was haben Grundschulen und Integration gemeinsam?**

In ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause legte unsere Fraktion in der BV 3 einen Antrag vor, der die Verwaltung damit beauftragt zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die Herderschule als Gemeinschaftsgrundschule mit der katholischen Elisabethschule zu einer neuen Gemeinschaftsgrundschule Frohnhausen zusammenzuführen. Diesem Antrag zugrunde lagen die Informationen über die auch für den Stadtbezirk III prognostizierten rückläufigen Anmeldezahlen und die bereits beantragte Einzigigkeit der Herderschule. Die beantragte Einzigigkeit sollte der Herderschule aus ihrer momentanen Notlage helfen. Die Herderschule erhoffte sich durch die Rückstufung in die Einzigigkeit eine bessere Ausstattung von Lehrkräften. Die Vertretungsfrage in Krankheitsfällen blieb dabei unberührt und ungeklärt. Die Klassengröße liegt bei der Einzigigkeit konstant bei ca. 30 Kindern pro Klasse, bedeutet letztendlich also eine Prekarisierung des Unterrichts. Weniger Lehrer – größere Klassen und keine Möglichkeit von Parallelklassen zur Entla-

stung von großen Klassenverbänden. Die GEW sagt dazu in ihrem Positionspapier vom Juni 2010: „Einzigigkeit heißt für eine Grundschule, dass dort auf Dauer keine zumutbaren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten geschaffen werden können. (Arbeitsverdichtung, Mehrbelastung bei Ausfall von KollegInnen usw.) und Dependancen bedeuten in der Regel ebenfalls eine Mehrbelastung.“

Für Frau Görgens-Pfeiffer, die den Standpunkt des Schulverwaltungsamt bei dieser Sitzung vertrat, käme eine Zusammenlegung der Herderschule mit der Elisabethschule schon deshalb nicht in Frage, weil die Herderschule als Gemeinschaftsschule einen ganzheitlichen Lehrplan anbot, während die Elisabethschule als katholische Grundschule eher im konservativen Stil Grundwissen vermittelte. Leider schlossen sich SPD und GRÜNE diesen Ausführungen des Schulverwaltungsamtes an und entzogen unserem Prüfauftrag ihre vorher signalisierte Zustimmung. Was mir immer noch nicht in den Kopf will, ist die Tatsache, dass wir im Jahre 2010 nach wie vor von Denkstrukturen gesteuert werden, die weit hinter das humanistische Denken der Aufklärung zurückfallen. Dass eine konservative kirchliche Grundschule und eine Gemeinschaftsgrundschule als nicht miteinander integrierbar eingeschätzt werden. Nur einen Straßenzug voneinander entfernt, scheinen die Herderschule und die Elisabethschule durch Welten getrennt zu sein. Schon aus diesem Grunde, würde ich für eine sofortige Zusammenlegung beider Schulen zu einer neuen Gemeinschaftsgrundschule plädieren.

In Haarzopf an der Raadter Str. ist nach langem Tauziehen zwischen Verwaltung, Politik und Bürger- und Schulinteressen der Neubau einer dreizügigen Gemeinschaftsgrundschule mit integrierter Kindertagesstätte mit drei Gruppen, und viergruppigem Offenen Ganztage beschlossen worden. Die Entscheidung für diesen Standort hat die Bürgerinitiative zusammen mit der Schule und nicht zuletzt durch die politische Unterstützung von der DIE LINKE. in der BV 3 und im Rat der Stadt Essen erreicht. Es wird gebaut. Das ist sicher. Es wird neu bebaut, auch das ist sicher. Nach Fertigstellung der Schule werden in die neuen Räume die Grundschulen Raadter Str und Hatzperstr. zu einer neuen gemeinsamen Schule vereint einziehen. Ab März 2011 ist in der Raadter-Schule kein Unterricht mehr möglich. Baulärm wird das Gelände zwei Jahre lang statt Kinderstimmen erfüllen, bis die Schule 2013 wieder neu eröffnet werden kann. Ein gelungenes Integrationsprojekt, das zeigt, was alles möglich ist, wenn die Beteiligten sich aufeinander zu bewegen. Kinder und Bildung sind unsere Zukunft. Daran zu sparen würde bedeuten, an wichtigen Zukunftsinvestitionen zu sparen.

Susanne Kreuzer, BV 3 - Fraktionsvorsitzende

**BV 4:****Neue Kinderbeauftragte**

Am Dienstag, den 14.09.2010 wurde auf Vorschlag der LINKEN die gebürtige Essenerin Petra Braukmann (55) zur Kinder- und Jugend-

beauftragten in der Bezirksvertretung 4 gewählt. Die erfahrene OP-Schwester, 2004 aus dem Beruf ausgeschieden, freut sich auf die neue Aufgabe, die Anliegen und Interessen der ganz Kleinen und Heranwachsenden in Zukunft zu vertreten. Mit ihrem beruflichen Hintergrund (Fachkrankenschwester für Krankenhaushygiene) interessiert Sie sich gerade für die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Darüber hinaus möchte sie sich für bessere und umfangreichere Betreuungsangebote einsetzen. Ihr lockeres und freundliches Auftreten lässt keinen Zweifel daran, dass Sie hochmotiviert und engagiert zu Werke gehen wird.



## Endlich Ruhe am Donnerberg

Nach mittlerweile 15 Jahren ist in der Angelegenheit „Donnerberg“ ein Ende in Sicht. Nach einem Auftrag der Bezirksvertretung 4 aus Herbst 2009, präsentierte die Verwaltung in der September-Sitzung der BV 4 einen Vorschlag, der den Donnerberg in der Mitte teilt und damit faktisch sperrt.

Mit Mehrheit der rot-rot-grünen Koalition wurde diese Vorlage von der Bezirksvertretung gestern beschlossen – gegen die Bedenken der CDU-Fraktion, die neuerlichen Beratungsbedarf angemeldet hatte. Barbara Rienas, Bezirksvertreterin für DIE LINKE: „Als eine der langjährig Aktiven in der Bürgerinitiative zur Verkehrsberuhigung des Donnerbergs, bin ich froh, dass wir am Ziel angelegt sind. Ein weiteres Hinausschieben – wie von der CDU gewünscht – wäre gerade vor der anstehenden dunklen Jahreszeit nicht mehr verantwortbar gewesen. Sollte die nun beschlossene Maßnahme nicht ausreichen, werden wir gemeinsam mit der Verwaltung nach weiteren Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit suchen.“

Für DIE LINKE ist dies ein gutes Beispiel, dass bürgerschaftliches Engagement und Politik gemeinsam etwas erreichen können.

Barbara Rienas, Bezirksvertreterin in der BV 4

### LINKE initiativ:

## Resolution für die Bezirksvertretung 4

Die Bezirksvertretung 4 bittet den Oberbürgermeister und den Stadtkämmerer zu veranlassen, die nicht verausgabten Mittel der Bezirksvertretung für 2010 in das Haushaltsjahr 2011 zu übertragen.

Auf Grund der nur noch verhältnismäßig kurzen verbleibenden Zeit für die Umsetzung von Haushaltsbeschlüssen und deren Umsetzung muss sichergestellt werden, dass von der Fachverwaltung noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der BV nicht als Belastung für das folgende Haushaltsjahr angesetzt werden.

Gerade bei den knapp bemessenen Mitteln der

Bezirksvertretungen dürfen offen gebliebene Beschlüsse nicht zu Lasten der neuen jährlichen Haushaltszuweisungen der Bezirksvertretung gehen.

Für die Bezirksvertretung ist es wünschenswert, wenn eine Regelung zur Übertragung der entsprechenden Haushaltsmittel in das jeweils nächste Haushaltsjahr für die gesamte Ratsperiode gefunden werden kann.

Angenommen durch die BV 4, der Rat der Stadt beschloss am 22.09.2010 eine entsprechende Regelung

BV 5:

## Lobby für Kinder im Norden

Dass es im Essener Norden zu wenige Kinderärzte gibt, hat DIE LINKE in der BV 5 in den letzten Monaten mehrfach Thema gemacht. Leider wurden unsere Anfragen an die Verwaltung von dieser aber nur äußerst knapp und aus unserer Sicht unzulänglich beantwortet.

Aus unserer Sicht ist es unerlässlich, alle Akteure einzubeziehen, um auf Grundlage gesicherter und vor allem aktueller Zahlen Lösungen zu entwickeln, wie der Essener Norden für die (Neu-)Ansiedlung von Kinderärzten attraktiver gemacht werden kann.

Gedacht, gesagt, getan: Ein entsprechender Antrag wurde gestellt und angenommen. Noch im Oktober finden erste Gespräche zwischen BezirkspolitikerInnen einerseits sowie VertreterInnen der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenkassen andererseits gemeinsam mit der zuständigen Fachverwaltung statt.

Birgit Petereit

BV 8:

## Personalnot bei der Verwaltung

Die einen fordern eine schlanke Verwaltung, die anderen müssen unter einer solchen leiden. Der Verwaltungsbeauftragte für die Bezirksvertretung 8 – Ruhrhalbinsel – zurzeit auch zuständig für den Bezirk 7, kann sich über Unterforderung nicht beklagen. Zuständig für zwei Verwaltungsbezirke fehlen ihm, krankheitsbedingt, die beiden Mitarbeiterinnen für diese Bezirke. Bis ihm die zugesicherte Vertretung zur Seite gestellt wird, muss er alleine all die Aufgaben bewältigen, die sonst auf vier städtische MitarbeiterInnen verteilt sind.

Liebe Volksvertreter, erst die Verwaltung krank sparen, und sich dann beschweren, wenn die Arbeit nicht mehr fristgerecht erledigt wird? Die Hilfe der Kommunalpolitik für eine unterbesetzte Verwaltung? – Streichung weiterer 1.000 Stellen in den nächsten Jahren! So beschlossen von CDU / Grünen / FDP und EBB.

Stefan Dolge

### Stadtplanung

## Entscheidung über Grüne Harfe erneut verschoben

Zum zweiten Mal verschob der Planungsausschuss in seiner letzten Sitzung eine Entscheidung über die Aufstellung eines Bebauungsplans für die Grüne Harfe in Essen-Heidhausen. 140 Ein- und 30 Mehrfamilienhäuser will der Thyssen-Krupp-Konzern auf dem 8,5 Hektar

großen Freigelände errichten, das ihm gehört. Zielgruppe: Angestellte der nach Essen gezogenen Konzernzentrale. Die Folge wäre nicht nur die Bebauung einer der wenigen großen, geschlossenen Grünflächen im Essener Westen, sondern ungeklärte Verkehrsflüsse durch Werden. Rund 350 PKW werden zusätzlich bis zu vier Mal täglich durch das Nadelöhr Werden nach Essen fahren.

DIE LINKE hat im letzten Planungsausschuss einen Antrag eingebracht, der kurz und knapp feststellt: „Der Ausschuss für Stadtplanung und -entwicklung spricht sich gegen die Einleitung eines neuen Bauleitplanverfahrens Grüne Harfe/Barkhovenallee aus.“ Nachdem die Verwaltung ihre Vorlage für die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens zurückzog, schob der Ausschuss auch den Antrag.

Während sich auch die SPD öffentlich gegen eine Bebauung ausgesprochen hat, ist es unklar, wie sich die Grünen positionieren. Im Bezirk waren sie stets gegen eine Bebauung, im Rat stimmten sie in der letzten Wahlperiode der Änderung des Flächennutzungsplans zu, der eine Bebauung der Fläche erst möglich macht. Selbst die CDU stellte ihre Zustimmung allerdings unter die Bedingung, dass die Verkehrsprobleme gelöst werden. Die BI Werden „Rettet die Grünflächen“ hat mehrere tausend Unterschriften gegen die Bebauung gesammelt.

Wolfgang Freye

## Katernberg stellt sich quer gegen NPD-Aufmarsch

Wenige Monate nach dem Aufmarsch der Kölner rechtsradikalen Vereinigung Pro NRW vor der Moschee in Katernberg, will am 27.11.2010 die NPD auf dem Katernberger Markt ihre Hetze verbreiten. „Nein zur Überfremdung an unseren Schulen“, so lautet das Motto einer Kundgebung. Die NPD fordert „getrennte Schulklassen für deutsche und ausländische Schüler, solange die schrittweise Rückführung noch nicht abgeschlossen ist“. Diese Forderung ist in sich unsinnig, weil alle hier geborenen Menschen juristisch bis zum 18. Lebensjahr die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Sie macht vor allem aber deutlich, worum es der NPD geht: Sie will Hass säen und das friedliche Zusammenleben an den Schulen stören. Passend dazu erwartet die NPD Unterstützung von den militant-rechtsradikalen Kameradschaften, die immer offener dazu übergehen, alles was ihnen nicht passt mit Gewalt zu bedrohen. Den ursprünglich für Oktober geplanten Termin hat die NPD extra verlegt, weil an diesem Tag die Kameradschaften in Hamm aufmarschieren wollen.

Der Runde Tisch für Menschenrechte hat eine Gegenkundgebung angemeldet. Im Evangelischen Gemeindehaus am Katernberger Markt ist nach Redaktionsschluss am 13.10., 19.00 Uhr, eine Bürgerversammlung, zu der auch der Bezirksbürgermeister einlädt. Dort soll besprochen werden, wie Katernberg erneut deutlich macht: Nazis sind hier unerwünscht!

Wolfgang Freye

## Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Linksinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-175433-14.

## Impressum:

„Linksinfo“, Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen und des Kreisverbandes Essen, Severinstr. 1, 45127 Essen, Tel. 0201 - 175433-14, Fax 0201 - 175433-18, [www.linksfraktion-essen.de](http://www.linksfraktion-essen.de), [info@linksfraktion-essen.de](mailto:info@linksfraktion-essen.de), [www.dielinke-essen.de](http://www.dielinke-essen.de), [kontakt@dielinke-essen.de](mailto:kontakt@dielinke-essen.de)

# LINKE lehnt Optionskommune ab

*Zusammenarbeit von Arbeitsagentur und Stadt sollte erhalten bleiben*

**Essen will Optionskommune werden und die Betreuung von über 81.000 Hartz IV-Berechtigten in die eigenen Hände nehmen. Dies beschloss der Stadtrat mit übergroßer Mehrheit am 22.9.2010. Als einzige Fraktion sprach sich DIE LINKE für die Beibehaltung der Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur und Kommune aus. Für uns stand die Frage im Mittelpunkt: „Verbessert die Umstellung die Lage der Betroffenen?“. Diese Frage konnten wir nur mit nein beantworten.**

Zunächst mal werden die Hartz IV-Berechtigten die mit der Übernahme durch die Stadt verbundenen Umstellungen bald schon zu spüren bekommen. Die Beschäftigten des JobCenters werden sehr stark mit bürokratischen Arbeiten wie einer neuen EDV, Übergabe von Unterlagen etc. belastet sein und kaum noch Zeit für Beratung und Vermittlung haben. Ebenso ist zu befürchten, dass es zu Engpässen bei der Auszahlung der sowieso schon kargen Geldleistungen kommen wird.

Sicherlich gibt es auch gute Gründe für die Option. Sie ermöglicht viel kommunalen Einfluss und kann Fördermaßnahmen in Eigenregie dem örtlichen Bedarf anpassen. Sozialdezernent Renzel und der Ratsmehrheit geht es jedoch in erster Linie um fiskalische Überlegungen, ums Geld. Die Stadt will allein über die rund 81 Mio. Euro an Fördermitteln für Arbeitsmarktpolitik verfügen und gleichzeitig durch mehr Druck bei Vermittlungen Kosten sparen.

## Verrechnet?

Die Belastungen, die die Umstellung mit sich bringt, wurden deshalb von der Verwaltung „klein rechnet“ So kalkuliert die Stadtverwaltung nur mit rd. 3 Mio. Euro Übernahmekosten. Die Bundesagentur geht für Essen dagegen von rund 6 Mio. Euro aus, höhere Personalkosten noch nicht eingerechnet. Diese Umstellungskosten muss die Stadt allein aufbringen.

Gleichzeitig überschätzt die Stadtverwaltung die „Einsparpotentiale“. Sie will vor allem die Vermittlung in Arbeit verbessern und dadurch z.B. auch Kosten der Unterkunft sparen. Sie blieb allerdings die Antwort schuldig, wie das ohne die Mithilfe der Arbeitsagentur gehen soll. Ein schlüssiges Konzept gibt es nicht. Die Erfahrungen und vorhandenen Zahlen aus anderen Städten belegen auch, dass in den Orten, wo Kommunen und Arbeitsagenturen zusammenarbeiten, sowohl die durchschnittlichen Mietkosten pro Bedarfsgemeinschaft 14 % niedriger sind als auch die Vermittlungsquoten besser ausfallen.

## Selbst Hearing abgelehnt

DIE LINKE scheiterte im Stadtrat mit ihrer Forderung vor einer Entscheidung ein öffentliches Hearing durchzuführen. Selbst diese Forderung, die bei so grundlegenden Entscheidungen eigentlich selbstverständlich sein sollte, lehnten SPD, CDU, Grüne, FDP und EBE ab, obwohl kritische Stimmen gegenüber der Option im Vorfeld nicht ausreichend gewürdigt wurden. Weder die Bundesagentur noch die Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände wurden gehört, ebenso wenig Vertreter/innen der Betroffenen. Selbst Befürworter wie z.B. die Wohlfahrtsverbände oder die Beschäftigungsgesellschaften hatten kein öffentliches Forum.

Ein wenig Angst vor der eigenen Courage zeigten die Befürworter im Stadtrat dann schließlich doch: Bevor die Landesregierung im Frühjahr endgültig über die Zulassung Essens als Optionskommune entscheidet, soll der Beschluss überprüft werden. DIE LINKE wird sich jetzt vor allem verstärkt für die Verbesserung der Situation der Hartz IV-Berechtigten einsetzen. Dazu gehört die Anpassung der Mietobergrenzen genauso wie ein gestärkter JobCenter-Beirat, in dem die Hartz IV-Berechtigten endlich selbst vertreten sein sollten.

(Gabriele Giesecke)

# Fraktions- Geschäftsstelle komplett!



Per Oktober ist die Fraktionsgeschäftsstelle wieder komplett am Start. Nach viermonatiger Vakanz wurde mit überwältigender Mehrheit der bisherige stellvertretende Fraktionsgeschäftsführer Jörg Bütendorf

zum neuen Fraktionsgeschäftsführer bestimmt.

Mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung entschied sich die Erweiterte Ratsfraktion der LINKEN, bestehend aus Ratsleuten, Ausschussmitgliedern und Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter, für den 46-jährigen studierten Diplom-Geographen aus Essen.

Als weiterer Fraktionsreferent verstärkt ab sofort auch Götz Lange die Geschäftsstelle. Götz war bislang für die LINKE-Fraktion in Velbert als Geschäftsführer tätig. Der studierte Kommunikationswissenschaftler (29 Jahre) lebt in Essen und ist Doktorand an der Universität Duisburg-Essen.



Als weiterer Fraktionsreferent verstärkt ab

sofort auch Götz Lange die Geschäftsstelle. Götz war bislang für die LINKE-Fraktion in Velbert als Geschäftsführer tätig.

Der studierte Kommunikationswissenschaftler (29 Jahre) lebt in Essen und ist Doktorand an der Universität Duisburg-Essen.